Abonnement für Stettin monatlich 50 Pfennige, mit Trägerlohn 70 Pfennige, auf der Post vierteljährlich 2 Mark, mit Landbriefträgergeld 2 Mark 50 Pfennige.

Inserate: Die 4gespaltene Petitzeile 15 Pfennige. Stettin, Kirchplatz Nr. 3. Redaktion, Druck und Verlag von R. Graßmann. Sprechstunden von 12—1 Uhr.

Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe. Donnerstag, den 24. April 1884. Nr. 191.

Deutschland.

Berlin, 23. April. Bei den Berathungen über den Entwurf zu einem neuen Aktiengesetze wird es allgemein als großer Uebelstand empfunden, daß eine auch nur einigermaßen erschöpfende Statistik über die deutschen Aktien-Gesellschaften nicht vorhanden ist; nicht einmal über die Zahl und das Kapital der in Deutschland bestehenden Aktien-Gesellschaften sind zuverlässige Angaben veröffentlicht worden. Das Reichs-Justizamt sogar ist nicht im Stande gewesen, die erforderlichen Zahlen zu beschaffen und hat in Folge dessen sich darauf beschränken müssen, in der Anlage zum Aktien Gesetzentwurfe eine statistische Uebersicht über die Aktien-Gesellschaften und Kommandit-Gesellschaften auf Aktien zu veröffentlichen, welche auf Grund des vom königlich preußischen statistischen Bureau für den Umfang des preußischen Staates gesammelten Materials aufgestellt worden ist. Aber selbst diese Zahlen können, wie Herr O. Wenzel in der letzten Nummer der Wochenschrift „Der deutsche Oekonomist" nachweist, auf Zuverlässigkeit keinen Anspruch machen. Das Archiv der deutschen Bank besitzt ein reiches, aus den handelsgerichtlichen Bekanntmachungen geschöpftes Material, welches Herr Wenzel benutzen durfte. Während nun nach den Angaben der offiziellen Statistik vom 1. Januar 1872 bis 31. Dezember 1882 nur 763 Aktien-Gesellschaften und 15 Kommandit-Gesellschaften auf Aktien (inkl. 65 resp. 4, welche als „zu unbekannter Zeit" gegründet aufgeführt sind) errichtet worden sind, betrugen nach dem Material der deutschen Bank in dem angegebenen Zeitraume die entsprechenden Zahlen 1290 und 51, d. h. es fehlen in der amtlichen Statistik nicht weniger als 527 Aktien-Gesellschaften und 36 Kommandit Gesellschaften. Es ist dabei angenommen, daß die amtliche Tabelle, welche am 7. September 1883 dem Bundesrathe vorgelegt worden ist, sich bis Ende 1882 erstreckt. — Es geht das leider aus derselben direkt nicht hervor — auch das ist bezeichnend für die Veröffentlichung des Reichs-Justizamtes —, denn während sie für die Jahre 1872, 73, 74 und 75 die Zahlen gesondert angiebt, ist die nächste Rubrik bezeichnet „nach 1875" und die letzte „zu unbekannter Zeit". Nach der Arbeit Wenzel's sind im Jahre 1875 53 Aktien-Gesellschaften von 45,556,300 Mark gegründet worden, die amtliche Statistik zählt nur drei Gesellschaften auf, auf deren Grundkapital aber 70,050,000 Mark eingezahlt worden sein sollen. Unter diesen Gesellschaften befinden sich zwei unter der Rubrik „Verkehrsgewerbe" mit einem angeblich eingezahlten Kapitale von 67,500,000 Mark, während die ganze übrige Gründungs-Thätigkeit sich auf eine einzige Bergwerks- oder Hütten-Gesellschaft mit einem Kapitale von 2,525,000 Mark beschränkt haben soll. Man darf hieraus schließen, daß die in den Anlagen des Aktien-Gesetzentwurfs mitgetheilten statistischen Zahlen irgend welchen Werth nicht beanspruchen können, und daß an dieselben Schlußfolgerungen, wenn überhaupt, nur mit großer Vorsicht geknüpft werden dürfen. Befremdlich ist es übrigens, daß das Reichs-Justizamt oder das preußische statistische Bureau sich aus den handelsgerichtlichen Eintragungen nicht dasselbe Material beschaffen konnte, welches dem Privat-Institute zu Gebote steht. Die Artikel 209 und 239b des gegenwärtig vorliegenden Gesetzentwurfes schreiben vor, daß die Bilanz und das Gewinn- und Verlust-Konto durch den „Reichs-Anzeiger" jährlich veröffentlicht werden müssen. Da derselbe auch fast sämmtliche Eintragungen in das Handels-Register bringt — Baiern hält leider in dieser Beziehung noch an „berechtigten Eigenthümlichkeiten" fest —, so würde in Zukunft auch die amtliche Statistik, die entweder vom kaiserlichen statistischen Amte oder nach einheitlichem Plane von den Landes-Bureaus zu bearbeiten wäre, zuverlässigere Auskunft über die mit den Aktien-Gesellschaften zusammenhängenden Fragen ertheilen können.

— Die Reichstagsfraktion der sozialdemokratischen Partei hat trotz des Beschlusses des vorjährigen Kopenhagener Kongresses (die Sozialdemokraten möchten sich dort, wo ihre Kandidaten nicht in Betracht kommen, der Stimmabgabe enthalten) in ihrer gestern abgehaltenen Sitzung beschlossen, im Falle einer Reichstagsauflösung wegen des Sozialistengesetzes eine Kundgebung an die sozialistischen Gesinnungsgenossen zu erlassen, in welcher denselben in Anbetracht der veränderten Situation empfohlen wird: bei allgemeinen, sowie bei Stichwahlen dort, wo sozialdemokratische Kandidaten nicht in Betracht kommen, für diejenigen Kandidaten zu stimmen, die sich gegen das Sozialistengesetz erklärt resp. die, wenn sie schon Mitglieder des Reichstages waren, gegen die Verlängerung des Gesetzes gestimmt hatten.

— General-Feldmarschall Graf v. Moltke, welcher noch immer mit den Folgen eines lästigen Lungenkatarrhs zu kämpfen hat, beabsichtigt bei eintretendem milden Wetter sich einen längeren Urlaub vom Kaiser zu erbitten und vorläufig auf seiner Besitzung Kreisau in Schlesien Erholung zu suchen. Bei der gegenwärtigen rauhen Luft wagt der an Spaziergänge so sehr gewöhnte Marschall noch nicht, sich wieder im Freien zu ergehen, sondern hütet streng das Zimmer.

— Der Streik der Tischlergesellen verläuft recht ruhig; in allen Versammlungen herrscht Ordnung. Die Zahl der Streikenden vermindert sich fortwährend, da in einzelnen Werkstätten, nachdem die Forderungen ganz oder zum Theil bewilligt sind, die Arbeit wieder aufgenommen wird. — Was den Streik in der Nähmaschinenfabrik von Frister u. Roßmann betrifft, so ist dort die Arbeit zum Theil wieder aufgenommen worden; die Arbeitenden werden jedoch auf ihren Gängen nach und aus der Fabrik von den sie erwartenden Streikenden angehalten und zuweilen auch thätlich angegriffen, so daß es in der Umgebung des Etablissements zu blutigen Schlägereien gekommen ist.

— Aus Rom wird geschrieben: „Die Resignation des Kardinals Ledochowski auf das Posener Erzbisthum wird in Rom als ein Geschäftsangebot an die deutsche Regierung angesehen. Zahlt diese den vom Vatikan geforderten Preis, so kann das Geschäft jeden Augenblick abgeschlossen werden, da Ledochowski an eine Rückkehr nach Posen gar nicht mehr denkt und sich in Rom definitiv und prunkvoll einrichtet."

— Zu der anarchistischen Bewegung in Oesterreich meldet ein Telegramm dem „B. T." vom 23. d. M.:

Gestern Nachmittag gegen halb drei Uhr bemerkte Polizeikommissar Jüttner in Krakau vor seinem Büreaufenster im Polizeigebäude einen jungen Menschen in verdächtiger Weise herumhantiren. Kaum hatte Jüttner das Individuum angerufen, so schleuderte letzteres eine Petarde gegen das Büreaufenster, fehlte jedoch, und die Petarde schlug an die Wand, fiel sodann nieder, explodirte und verwundete den Attentäter selbst am rechten Fuß und am linken Auge ziemlich schwer. Das Explosionsgeschoß zertrümmerte ungefähr fünfzig Scheiben des Polizeigebäudes, jedoch ohne weiteren Schaden anzurichten. Der verwundete Attentäter wurde sofort verhaftet. Derselbe heißt Boleslaus Malankiewicz, ist 17 Jahre alt, aus Warschau gebürtig, von Profession Bronzearbeiter. Er erklärte: er wollte alle Polizisten in die Luft sprengen. Bei ihm gefunden wurde ein geladener Revolver und eine Schachtel mit etlichen zwanzig explosiblen Patronen. Die Petarde war mit Pulver und kleinen Sprengstücken gefüllt. Malankiewicz wurde ins Spital gebracht. Eine sofortige Untersuchung ergab, daß er mit den Sozialisten in Verbindung stand. Bei seinem Arbeitgeber, Namens Kopaczynski, wurde eine Haussuchung vorgenommen, deren Ergebniß noch unbekannt ist. Vom Gendarmerieposten in Hussowitz, einem Vororte Brünns, fehlt seit Sonntag der Gendarm Moritz Mader. Da Desertion als ausgeschlossen betrachtet wird, Mader aber viel mit Sozialisten zu thun gehabt und energisch gegen dieselben vorging, wird vom Gendarmerie-Kommando angenommen, Mader sei durch Anarchisten beseitigt worden. Uebrigens gestand der Petardenwerfer Malankiewicz, daß er ein Freund des wegen sozialistischer Umtriebe in Haft befindlichen Pinchozki sei und wegen dessen Verhaftung an der Polizei Rache nehmen wollte.

— Die „Times" erzählt mit folgender Schauergeschichte:

Der vielgenannte ermordete Petersburger Polizeioberst Sudeikin habe eigentlich die Absicht gehabt, den Minister Graf Tolstoi und den Großfürsten Wladimir durch befreundete Nihilisten ermorden zu lassen. Sudeikin habe an gekränktem Ehrgeiz gelitten, habe sich aus dem Dienste wegen nicht genügender Anerkennung anscheinend zurückziehen wollen. Der jetzt verfolgte Nihilist Degajew habe mittlerweile mit seinen Helfershelfern die obigen Morde vollziehen sollen. Sudeikin habe zu dem Zwecke die Lebensgewohnheiten beider in Aussicht genommenen Opfer an Degajew verrathen. Wenn diese Anschläge gelangen, hätte dann der Zar als einzigen Retter den „schmollenden Sudeikin" zurückgerufen, dieser wäre aber nur als „Minister des Innern" wieder in Dienst getreten und hätte als solcher dann mit seinem Freunde Degajew, dem mächtigsten Nihilisten, gemeinsam Rußland regiert. — Es bedarf wohl blos der Bemerkung, daß es die „Times" ist, welche diese Räubergeschichte erzählt.

— Auf eine Adresse des permanenten Komitees in Philippopolis, in welcher der Zar gebeten wurde, den Fürsten Bogorides, Aleko Pascha, abermals zum Gouverneur von Ost-Rumelien zu ernennen, hat Kaiser Alexander folgende Antwort ertheilt:

„Ich ersuche die Rumelioten, sich wegen ihrer Zukunft keine Sorgen zu machen, da ich beständig an die Wohlfahrt ihres Landes denke. Sie können sich auch versichert halten, daß ich ihnen einen Gouverneur geben werde, welcher allen Bedürfnissen des Landes gerecht werden, den Frieden zu erhalten und für das allgemeine Wohl zu wirken wissen wird, ohne gegen das organische Statut des Berliner Vertrags zu verstoßen."

Man glaubt in dem Schlußpassus einen Fingerzeig zu erblicken, daß der Zar der Agitation für den Anschluß Ost-Rumeliens an Bulgarien nicht gewogen ist.

— In Spanien ist anläßlich der bevorstehenden Corteswahlen die Wahlbewegung eine ziemlich lebhafte. Nach der heute vorliegenden „Epoca" sind von der „liberal-konservativen" Partei, welche dem gegenwärtigen Kabinet nahe steht, die sechs Kandidaten für Madrid aufgestellt worden. An der Spitze der Wahlbewegung in der spanischen Hauptstadt befindet sich der Minister Romero Robledo selbst, der bereits in den letzten Jahren die ganze Agitation seiner Partei leitete. Romero Robledo führte auch den Vorsitz in der Versammlung der konservativen Komitee's, in welcher die Kandidaten für Madrid proklamirt wurden. Diese Kandidaten sind der Konseilpräsident Canovas del Castillo, Romero Robledo, der Graf de Vilches, Federico Luque, Ramon de Campoamor und Rodriguez Avial. Das Ministerium rechnet auf eine große Mehrheit; in einigen Wahlkreisen stehen sich überdies nur konservative Kandidaten gegenüber. Dies gilt unter Anderem, wie wir der „Epoca" entnehmen, für den Wahlkreis Terralaguna (Neu-Castilien), woselbst der Provinzialdeputirte Narbon und der große Kapitalist Munoz einander den Sieg streitig machen werden. „Wer von beiden auch triumphiren möge", bemerkt das der Regierung nahestehende Organ, „wird doch eine Stimme mehr für die Majorität gewonnen sein." Inzwischen bereitet sich anscheinend eine Veränderung im Kabinet del Castillo vor, die jedoch in keiner Weise einen Systemwechsel bedeuten, vielmehr nur durch die Ersetzung des spanischen Botschafters in Paris veranlaßt werden würde.

— Es klingt nach den gemachten Erfahrungen wie Hohn, wenn man hört, daß die englische Regierung immer noch an dem Gedanken festhält, egyptische Truppen gegen die Sudanesen zu verwenden. Dem „Reuter'schen Bureau" zufolge finden zwischen der egyptischen und der englischen Regierung fortgesetzt Verhandlungen statt wegen der eventuellen Entsendung von zwei Bataillonen des egyptischen Heeres nach Berber. Der „Standard" meldet aus Kairo von gestern, der Konseilpräsident Nubar Pascha erkläre auf das Bestimmteste, nicht im Amte bleiben zu wollen, wenn nicht Berber sofort Hülfe gesendet werde, General Wood treffe deshalb eilige Vorbereitungen zur Absendung von Truppen, die in etwa einer Woche aufbrechen dürften, falls nicht seitens der englischen Regierung eine gegentheilige Anordnung erfolge.

Wenn „Daily Telegraph" recht berichtet ist, sind diese Verhandlungen und Vorbereitungen indessen bereits gegenstandslos geworden, indem Berber bereits in die Hände der Aufständischen gefallen wäre, was etwa gleichviel wie die Niedermetzelung von 3000 Menschen zu bedeuten hätte. Als Delegirter der egyptischen Regierung zu der Konferenz wegen der egyptischen Finanzen wird sich voraussichtlich Blum Pascha nach London begeben. Ungewiß ist übrigens noch, ob zu derselben alle Unterzeichner des Liquidationsvertrages oder nur die Vertreter der Großmächte eingeladen werden sollen.

Ueber den Inhalt der neuerlichen Vorstellungen der Pforte an Lord Granville giebt der „Osmanli" theilweise Aufschlüsse. Das halbamtliche Organ des Palastes schreibt:

„Die britische Regierung beabsichtigt, wie es heißt, die egyptische Armee unter dem Vorwande der Nutzlosigkeit aufzulösen. Wenn sich die egyptischen Soldaten in der letzten Zeit nicht gut schlugen, so liegt dies theilweise darin, daß sie von fremden Offizieren gegen ihre muselmännischen Glaubensgenossen geführt wurden, mit denen sie heute auf freundschaftlichem Fuße ständen, wenn es keine fremde Intervention gegeben hätte und hat zum andern Theile seinen Grund in dem Umstande, daß das tüchtigste Element der egyptischen Armee — die Türken und Albanier — aus dem Heeresverband entlassen wurden. Es fließt daraus die praktische Schlußfolgerung, daß die fremde Intervention aufhören, und daß die egyptische Armee in Uebereinstimmung mit den kaiserlichen Firmans reorganisirt werden sollte, welche erklären, daß die egyptischen Truppen einen Theil der kaiserlichen Armee bilden, und daß ihre Zahl den Erfordernissen des Reiches angepaßt werden soll. Sollte England daher wirklich die Absichten zur Ausführung bringen, welche man ihm zuschreibt, so würde es seinen der Pforte wiederholt gegebenen freundschaftlichen Versicherungen zuwider handeln und eine europäische Frage eröffnen; denn die Integrität des ottomanischen Reiches ist, den bestehenden Verträgen gemäß, eine Angelegenheit von europäischem Interesse. Die Auflösung der Armee wird unter den Offizieren und Mannschaften Unzufriedenheit erwecken; sie wird die Wiederkehr der Ruhe für eine ungemessene Zeit hinausschieben, und sie kann zum Vorwande gebraucht werden, um die zeitweilige Besetzung des Landes zu einer dauernden Okkupation zu machen. Wir verstehen es vollkommen, wenn England jetzt, wo es die Schwierigkeit der übernommenen Aufgabe herausgefunden, sich an die kaiserliche Regierung und an die anderen Mächte wendet, um Mittel zur Pazifizirung Egyptens gemeinsam zu berathen; wenn England aber einfach bekannt giebt, was es zu thun beabsichtigt, dann wird es dem unglückseligen Beispiele Napoleon I. folgen, als er Europa seinen tyrannischen Willen aufzwingen wollte."

— Die Besetzung Merws durch die Russen hat nicht verfehlt, auch die Beachtung des Emirs von Afghanistan auf sich zu lenken, weil dadurch dieses Khanat ein Grenznachbar des russischen Reiches geworden ist. Wie nun die „Lahore Gazette" meldet, wird sich der Emir Abdurrhaman Khan im Laufe des Frühlings noch mit großem militärischen Gefolge nach Herat begeben, um die dortigen Befestigungen zu inspiziren und dieselben, wo es nöthig sein sollte, renoviren oder durch neue ersetzen zu lassen.

Mainz, 21. April. Schon seit längerer Zeit hatte die Behörde davon Mittheilung erhalten, daß nach Mainz ab und zu eine größere Sendung sozialdemokratischer Schriften gelange und daß diese Schriften aus der Schweiz resp. aus Zürich gesendet würden. Lange Zeit wollte es nicht gelingen, den Empfänger ausfindig zu machen, bis die Behörde in der Person eines Fuhrunternehmers, der früher eine Rolle in der sozialistischen Partei spielte, denselben vermuthete. Am Sonnabend war nun, dem „Rh. Cour." zufolge, dem betr. Fuhrunternehmer abermals eine Kiste aus Zürich avisirt, und die Staatsanwaltschaft erhielt Kenntniß von dieser Sendung, die, sobald sie in Mainz eingetroffen war, in der Wohnung des Verdächtigen mit Beschlag belegt wurde. Bei der Eröffnung der Kiste ergab es sich, daß deren Inhalt lediglich aus sozialdemokratischen Zeitschriften 2c. bestand. Auf Grund des Sozialistengesetzes ist gegen den Fuhrunternehmer Untersuchung eingeleitet.

Ausland.

Paris, 19. April. (Voss. Ztg.) In seiner Rede von Perigueux hat Herr Jules Ferry ein neues Schlagwort in Umlauf gesetzt. „Die Republik", sagte er, „muß eine Bauernrepublik sein." Was er damit meinte, ist klar genug. Er umschrieb einfach das alte Wort Thiers': „Die Republik wird konservativ oder gar nicht sein." Herr Ferry hält den ruhigen, am Althergebrachten zäh festhaltenden, Neuerungen abgeneigten Bauer dem aufgeregten, immer nach Aenderungen verlangenden Großstädter entgegen und giebt mit hinreichender Deutlichkeit zu verstehen, daß es die Absicht seiner Regierung sei, sich auf das Bauernelement zu stützen und wenn nöthig mit dessen Hülfe das Städterelement zu bekämpfen. Das ist ein eigenthümliches Programm für einen Staatsmann, der sich zum Republikanismus und Fortschritt bekennt. Wenn Herr Ferry logisch sein will, so kann er gleich das Empire oder Königthum wieder herstellen — die Bauern werden nichts dagegen haben. Nicht die Bauern haben Frankreich die Republik gegeben, sondern die Städter; jene haben sie nur ohne Widerstand hingenommen, weil sie sahen, daß der Preis der Kälber und des Getreides durch die Republik kein

Einbuße erlitt. Napoleon III. sprach nicht anders als Herr Ferry; er spielte ebenfalls den Bauer gegen den Städter aus und setzte der Opposition von Paris im Namen der Provinz den Daumen aufs Auge. Herr Camille Pelletan ist so boshaft, in der „Justice" Herrn Ferry folgende Anführungen aus einem Buche entgegen zu halten, das Letzterer 1863 unter dem Titel „Der Wahlkampf im Jahre 1863" veröffentlicht hat. Herr Ferry schrieb damals: „Wir träumen nicht mehr den Gymnasiastentraum vom Bauer, der ins parlamentarische System verliebt ist, der Pariser Presse zuhört, von seiner Ackerfläche aus das Spiel der Diplomatie beobachtet und bereit ist, sich gleich den Helden der Faubourgs für irgend eine Verfassung tödten zu lassen. Die Politik des Landmannes wird noch sehr lange eine örtliche, engherzige, interessirte, furchtsame sein. . . . Die Logik des Bauers ist brutal wie die ihn umgebende Natur. . . . Da er von der Gesetzmäßigkeit bloß den Begriff hat, den man davon im Zustand der Wildheit hat, so macht er kaum einen Unterschied zwischen der Autorität und der Willkür. . . . Ein letzter Zug dieser ausgezeichneten Race ist ihre vollkommene Leichtgläubigkeit. Das Kaiserreich hatte keine Daseinsgründe, dafür aber zwei ungeheure Kräfte: die Masse des Landvolke und das Heer der Beamten. . . . Es ist wahr, diese Bauern voll Habgier und Leichtgläubigkeit bilden die Mehrheit. Aber die Mehrheiten sind eben heut zu Tage nicht Alles. Je weiter man voranschreitet, um so klarer wird es, daß es neben den Stimmen, die man zählt, die Stimmen giebt, die man wägt. Man kann also den fünf Millionen Bauernstimmen die triumphirenden Minoritäten entgegenhalten, welche Paris ehren. Zählen Sie die städtischen Stimmen und sehen Sie von denen der Dörfer ab, und Sie werden finden, daß die Regierung fast überall eine volle Niederlage erlitten hat."

So schrieb und dachte Herr Ferry vor 20 Jahren. Seither haben sich seine Anschauungen entwickelt. Er ist eben kein junger Streber mehr, der unter dem schlaff gewordenen Kaiserreich durch eine gefahrlose Opposition seinen Weg in der Politik machen will, sondern Oberhaupt der Regierung; als solcher haßt er das drängende Fortschrittsverlangen der Städte, findet den Pariser Radikalismus unausstehlich und denkt mit Zärtlichkeit an die „fünf Millionen Bauernstimmen", von denen er 1863 mit solcher Verachtung gesprochen. Ich nehme Herrn Ferry seine Wandlungen durchaus nicht übel. Ein französischer Vers sagt: „L'homme absurde est celui qui ne change jamais." Ich glaube es gern, daß sich die Welt ganz anders darstellt, je nachdem man sie vom Standpunkte eines oppositionellen Publizisten oder von dem eines Ministerpräsidenten ansieht. Aber ich meine, daß eine Republik, die nichts Anderes will, als das Bestehende erhalten, sich selbst negirt und keine Daseinsberechtigung hat. Eine Bauernrepublik ist eine Republik des Stillstandes und eine solche macht sich nur unnöthig auffallend, wenn sie unter dem Namen Republik herumstolzirt, statt sich mit ihrem richtigen Namen „feudale Monarchie" zu begnügen.

Paris, 21. April. Aus Tonkin sind soeben die offiziellen Aktenstücke im Marineministerium eingelaufen. Unter denselben befindet sich auch nachstehende Ansprache des Admirals Courbet, der beim Eintreffen des Generals Millot sein Kommando niederlegte und sich von den Offizieren, General Bichot an ihrer Spitze, verabschiedete:

„Ich habe Sie um mich versammelt, um vor meinem Abgange mich von Ihnen zu verabschieden, und bin entschlossen, dies mit lauter Stimme zu thun. Ich erwarte täglich die Ankunft meines Nachfolgers, der den Oberbefehl über die Truppen übernehmen soll, die zu kommandiren ich glücklich und stolz war. Stets werde ich Ihres Eifers und Ihres Muthes bei dem Sturme auf Phu-Sa und Sontay eingedenk sein; und wäre der Vertreter einer fremden und eifersüchtigen Macht dagewesen, so hätte ihm sicherlich Ihre Begeisterung zu denken gegeben . . . Meine Herren, ich verlasse Sie; ich sage Ihnen nicht Adieu, sondern auf Wiedersehen. Ich werde Ihren Erfolgen von der Ferne folgen, im Herzen aber immer bei Ihnen sein."

Der „Temps" hat von einem französischen Diplomaten, der durch mehrere Jahre die Gesandtschaft Frankreichs in Peking geleitet hat, Mittheilungen über die Persönlichkeiten erhalten, welche sich augenblicklich die Herrschaft im Reiche der Mitte streitig machen. Der Prinz Chun, Vater des jetzigen Kaisers, steht hiernach an der Spitze der alten chinesischen Partei und ist den Europäern und den Ideen des Fortschritts sehr feindlich gesinnt. Seine Beziehungen zu seinem Bruder, dem Prinzen Kong, sind seit langer Zeit sehr gespannt. Der Letztere wird wohl bald wieder an's Ruder kommen, und dürfte schon an die Degradirung gewöhnt sein. So oft in der That China eine Niederlage erleidet oder von Wassers- oder Hungersnoth heimgesucht wird, verfehlt die regierende Kaiserin nie, ihm seine Titel, Aemter u. s. w. zu nehmen. Allein wenige Monate darauf setzt ein neues Dekret, das die „Pekinger Zeitung" veröffentlicht, den Prinzen Kong in alle seine Würden und Aemter wieder ein. Sollte jedoch Prinz Chun lange im Amte bleiben, so wäre es nicht unmöglich, daß der Vizekönig von Tschely, Ly-Hong-Schang, den Versuch machte, sich Pekings zu bemächtigen und der Tartarendynastie den Gnadenstoß zu geben. Ly's 40,000 tapfere Soldaten würden rasch mit der tartarischen Armee und den Holzkanonen aufräumen, welche in den Schießscharten der Hauptstadt stehen. Daran hat er schon vor Jahren gedacht.

Petersburg, 19. April. Mit dem gestrigen Tage, dem Charfreitag, hat das russische Osterfest seinen Anfang genommen. Heute Nacht laufen die Fasten ab, morgen ist Ostersonntag, und die dann folgenden Feiertage dauern die ganze Woche hindurch bis zum übernächsten Sonntage. Im Kalender folgen mithin von gestern an gerechnet zehn roth bezeichnete Tage nacheinander. Leider haben wir in Petersburg in der letzten Zeit mit abscheulicher Witterung zu kämpfen gehabt, das Thermometer fiel Nachts auf 5 bis 6 Grad unter Null, und die schon aufgethauten Kanäle bedeckten sich infolge dessen wieder mit einer festen Eisdecke. Heute ist zum ersten Mal seit einer Woche das Thermometer auf 2 Grad über Null hinaufgegangen, es liegt aber zum Theil noch Schnee in den Straßen und die schon auf 40 Kilom. eisfrei gewordene Newa hat den Eisgang vollständig aufgegeben und vielfach sogar neues Eis angesetzt. Auf die gesundheitlichen Verhältnisse der Hauptstadt hat dieser jähe Witterungsumschlag um so ungünstiger gewirkt, als derselbe gerade in die beiden Wochen der großen Fasten hineinfiel, also in eine Zeit, in welcher erfahrungsgemäß die meisten Erkrankungen vorkommen. Von morgen oder eigentlich heute Nacht ab giebt sich vorzugsweise die niedere Schicht der Bevölkerung einer zügellosen Eß- und Trinklust hin, und nach der Festwoche sind alljährlich die Spitäler mit Magenleidenden und Deliriumkranken überfüllt. Die Witterung kann diesmal viel dazu beitragen, dem Sensenmann die zeitliche Ernte zu verbessern.

London, 21. April. In Hampstead (London) fand am Sonnabend ein zahlreich besuchtes Meeting von Frauen zu dem Behufe statt, um die Ausdehnung des Wahlrechtes auf selbstständige und steuerzahlende Frauen zu befürworten. Unter den Rednern befand sich Mrs. Westlake, die bekannte Verfechterin der Frauenrechte, welche behauptete, daß selbstständige Frauen, die Hausmietherinnen seien, zum Mindesten denselben Anspruch auf das Stimmrecht bei Parlamentswahlen hätten als die 2 Millionen männlichen Personen, welche die neue Wahlreformbill stimmfähig zu machen beabsichtige. Sie protestirte gegen die fortgesetzte Einschließung von Frauen in die Kategorie von Minderjährigen, Verbrechern und Irrsinnigen, denen das Stimmrecht versagt ist. „Ist es nicht eine Schande", rief die Rednerin entrüstet aus, „daß ich als Hausbesitzerin und Steuerzahlerin kein Stimmrecht besitze, während mein Kutscher dieses Privilegium genießt!" Mr. Wills, ein liberaler Abgeordneter, bemerkte, daß viele seiner Gesinnungs-Genossen im Unterhause gegen die angestrebte Neuerung seien. Frauen seien bekanntlich innerlich konservativ und viele Liberalen fürchteten, daß sie sich durch Unterstützung dieser Bewegung eine Ruthe für den eigenen Rücken binden würden. Schließlich wurde eine Resolution gefaßt, des Inhalts, daß die neue Reformbill, um befriedigend zu sein, Bestimmungen für die Ausdehnung des Wahlrechtes auf gehörig qualifizirte weibliche Hausmiether enthalten sollte. Mr. Woodall, liberaler Vertreter für Stoke-on-Trent wird ein in diesem Sinne abgefaßtes Amendement zur Wahlreform-Bill einbringen.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 24. April. Zander contra Andrae rief der Nuntius als letzte Verhandlung in der gestrigen Sitzung des Schöffengerichts auf, es handelte sich um eine Privatklage und wenn wir trotzdem hier näher darauf eingehen, so geschieht es, weil dieselbe auch für weitere Kreise von Interesse ist, denn es handelt sich um eine Beleidigungsklage des Aufsichtsraths und der Direktion der Papierstoff-Aktien-Gesellschaft Alt Damm wider zwei Aktionäre und frühere Mitglieder des Aufsichtsraths, die Herren Kaufmann Andrae und Fabrikbesitzer Grünberg. Als die genannte Aktien-Gesellschaft 1872 mit einem Aktien-Kapital von 120,000 Thlr. begründet wurde, zeichneten die Herren A. u. G. je 15,000 Thlr. und sie gehörten auch bis 1880 dem Aufsichtsrath als Mitglieder an. Sie blieben jedoch mit ihren Anträgen meist in der Minorität und obwohl Beide zusammen noch für 25,000 Thlr. Aktien in Händen haben, wurden sie im Jahre 1881 nicht mehr als Mitglieder des Aufsichtsraths gewählt. Ihr letzter Widerspruch als Mitglieder des Aufsichtsraths war gegen verschiedene Neuanschaffungen gerichtet, sie blieben jedoch auch damit in der Minorität und die Neuanschaffungen wurden gemacht. In der General-Versammlung der Gesellschaft vom 19. März 1883 wurde der Rechenschaftsbericht pro 1882 verlesen und enthielt derselbe den Passus, daß die günstige Geschäftslage den gemachten Neubeschaffungen zu danken sei. Die Herren A. u. G. waren jedoch hiervon nicht so fest überzeugt, sie machten eine umständliche Zahlenrechnung und nach derselben kamen sie zu der Ansicht, daß die Neuanschaffungen nicht die geringsten Vortheile ergeben und in einem unterm 26. März 1882 an den Aufsichtsrath gerichteten Schreiben gaben sie auch dieser ihrer Ansicht Ausdruck und bemerkten dabei, daß in der Handlungsweise des Aufsichtsraths eine absichtliche Entstellung der Thatsachen und daher eine absichtliche Täuschung der Aktionäre gefunden werden müsse. Zugleich forderten sie den Aufsichtsrath auf, binnen 5 Tagen eine Aufklärung der Angelegenheit zu geben, ein Stillschweigen desselben würden sie als Zugeständniß betrachten, daß ihre Ansicht richtig. Dieser Passus wurde von dem Aufsichtsrath und dem Direktorium als Beleidigung aufgefaßt und deshalb gegen die Herren A. u. G. Klage erhoben. Bereits früher hatte in dieser Sache ein Termin stattgefunden, welcher mit Vertagung endete, da das Gericht beschloß, den von den Beklagten in Aussicht gestellten Beweis der Wahrheit anzuhören. Bei der gestrigen Verhandlung nahm der Vertheidiger der Beklagten, Herr Rechtsanwalt Boysen, für letztere den Schutz des § 193 des Strafgesetzbuchs in Anspruch, da sich dieselben in Ausübung berechtigter Interessen befunden, denn es liege in ihrem Interesse, ihr in das Aktien-Unternehmen gestecktes Kapital zu sichern und zu vertreten. Die Beklagten erboten sich aber auch, den Beweis der Wahrheit dafür anzutreten, daß die Neubeschaffungen nicht produktiv gewirkt haben. Hierzu hatten sie einen Vergleich der Fabrikations-Resultate der Jahre 1880 und 1882 vorgenommen und sind zu dem Schluß gekommen, daß die Ausgabe für Roh- und Hülfsstoffe 1882 bedeutend höher sind als 1880, obwohl die Roh- und Hülfsstoffe bedeutend billiger als 1880, während sie die Produktion dementsprechend nicht vermehrt habe, dieselbe habe im Jahre 1880 24,125,60 Zentner und im Jahre 1882 24,280 Zentner betragen. Die Neuanschaffungen hätten sich also in keiner Weise als produktiv erwiesen. Der Vertreter der Kläger machte hiergegen geltend, daß die Produktionspreise wissentlich falsch angegeben und auch auf die Verkaufspreise in den Jahren 1880 und 1882 keine Rücksicht genommen sei. Durch die Vernehmung zweier Sachverständigen konnte die Sache nicht klar gestellt werden und beschloß der Gerichtshof, die Sache zu vertagen und zu dem nächsten Termin von den beiderseitigen Sachverständigen ein schriftliches Gutachten einzufordern und zwar 1) ob entsprechend den Angaben der Kläger im Jahre 1880 die Produktion 23306 einfach Zentner und im Jahre 1882 12140,5 Doppelzentner betrug, also im Jahre 1882 975 Zentner mehr als 1880 und wieviel von diesem Quantum gebleicht und wieviel ungebleicht war; 2) wieviel haben die Herstellungskosten 1880 und 1882 betragen: a. für gebleichte, b. für ungebleichte Fabrikate; 3) welchen Verkaufspreis hat die Gesellschaft pro Zentner 1880 und 1882 erzielt und zwar a. für gebleichte, b. für ungebleichte Fabrikate. Zugleich werden die Kläger angewiesen, den beiderseitigen Sachverständigen die zur Aufstellung dieser Gutachten nöthige Einsicht in die Geschäftsbücher zu gestatten.

— Nach einer Allerhöchsten Bestimmung vom 29. März d. J. wird das Hafengensdarmerie-Kommando zu Swinemünde aufgelöst.

— Die am vergangenen Sonntag Nachmittag in der Bredower Brauerei stattgehabte öffentliche Versammlung des Bredower Ortsvereins der Maschinenbau- und Metallarbeiter war von Mitgliedern der Gewerkvereine sowohl als auch von Interessenten der Hamburger Zentralkassen außerordentlich zahlreich besucht. Herr R. Müller sprach in längerem Vortrage über das Reichs-Krankenkassengesetz, welches den Versicherungszwang für alle Diejenigen, welche nicht über $6^2/_3$ Mark tägliches Einkommen haben, sei es in Baar oder in Naturalbezügen, festsetzt und den Arbeitgebern die Verpflichtung zur Zahlung eines Drittels der Beiträge ihrer Angestellten auferlegt, sofern die Letzteren den von den Behörden einzurichtenden Zwangskassen beitreten. Dann schilderte der Vortragende die Vorzüge der freien, über ganz Deutschland verbreiteten eingeschriebenen Hülfskassen der Gewerkvereine gegenüber den lokalen Zwangskassen und hob insbesondere die finanziellen Ergebnisse des Gewerkvereins der Maschinenbauer hervor. Die eingeschriebene Krankenkasse desselben hatte am Schlusse des Jahres 1883 einen Bestand von 47,002 Mark 41 Pf., die Begräbnißkasse einen solchen von 32,220 M. 23 Pf. Die Allgemeine Kasse des Gewerkvereins, aus welcher der Rechtsschutz, die Agitation, Bildungszwecke u. s. w. bestritten werden, besaß Ende 1883 ein Vermögen von 35,311 M. 32 Pf., die Invalidenkasse, welche im verflossenen Jahre 21,827 M. 79 Pf. Invaliden-Unterstützung zahlte, hatte einen Bestand von 163,588 M. 52 Pf. Der Gewerkverein der Maschinenbauer unterstützt gegenwärtig ca. 100 Invaliden, von denen 8 dem Bredower Ortsverein angehören. Aus dem Unterstützungsfonds für außerordentliche Nothfälle wurden im vergangenen Jahre 1778 M. 38 Pf. gewährt und betrug der Bestand desselben am Jahresschlusse 7142 M. 25 Pf. Die Frauen-Begräbnißkasse hatte ein Vermögen von 10,696 Mark 10 Pf. — An den Vortrag knüpfte sich eine sehr lebhafte Diskussion, an der sich von Seiten der Gewerkvereine in hervorragender Weise die Herren Werner, Prochnow, Noack, Joblke und C. Becher betheiligten und aufs wärmste den Beitritt zu den Gewerkvereins Hülfskassen empfahlen, während die Herren Leopold, sogenannter Bevollmächtigter der Hamburger Zentralkasse der Tischler, und Prietz ebenso energisch für die Zentralkasse der Metallarbeiter in die Schranken traten; Letzterer plaidirte außerdem in bekannter Weise für den Staatssozialismus, ohne indessen Gegenliebe bei den Gewerkvereinern zu finden. Der Fonds der eingeschriebenen Hülfskassen des Gewerkvereins der Maschinenbauer beträgt pro Kopf über 8 Mark, derjenige der Zentralkasse in Hamburg dagegen nur 1 M. 36 Pf. — In Züllchow fand zu derselben Zeit eine öffentliche Versammlung des dortigen Ortsvereins der Fabrik und Handarbeiter statt, in der Herr Kröske über denselben Gegenstand sprach. Einer von dem Konditor Herrn C. Becher eingebrachten Resolution zu Gunsten der Gewerkvereine wurde mit großer Mehrheit zugestimmt.

— Wieder bereitet, wie wir hören, der Kunsthändler H. Loescher hier in seinen Räumen die Ausstellung des viel besprochenen wunderbaren Gemäldes Boecklins „Spiel der Wellen", wohl die bedeutendste seiner bisherigen Schöpfungen, vor. Dasselbe wird in wenigen Tagen eintreffen und bleibt nur kurze Zeit hier. Wir unterlassen es nicht, schon jetzt darauf hinzuweisen.

Kunst und Literatur.

Theater für heute. Stadttheater: „Im Austragstüberl." Ländliches Volksstück mit Gesang in 4 Akten. Bellevuetheater: „Stadt und Land, oder: Der Viehhändler aus Oberösterreich." Charaktergemälde mit Gesang.

Vermischte Nachrichten.

Berlin, 21. April. Eine interessante Wette wurde der „Tägl. Rundsch." zufolge am ersten Osterfeiertage zwischen einem Rentier Qu. von hier und dem Rentier Gr. von Brandenburg a. d. H. zum Austrag gebracht. Qu., ein tüchtiger Fußgänger, der bei der Infanterie gedient, und G., der bei der Kavallerie gestanden, kamen in Meinungsverschiedenheiten darüber, ob der Infanterist, seinen Füßen vertrauend, es bezüglich der Leistungsfähigkeit wohl mit dem Reiter aufzunehmen vermöge. Zuerst hielt sich der Streit in den Grenzen gegenseitigen scherzhaften Aufziehens, wie dies am Stammtisch häufig vorzukommen pflegt. Als aber auch die Umsitzenden Partei für den Einen und den Andern zu nehmen begannen, wurde Ernst aus dem Scherz, und Qu. machte sich endlich anheischig, eine Wegstrecke von fünf Meilen in sechs Stunden zurücklegen zu können. Der Vorschlag wurde angenommen, und am ersten Osterfeiertage, früh 5 Uhr, versammelten sich die Wettenden am Brandenburger Thor. Von hier aus wurde die Strecke bis zum Polytechnikum in Charlottenburg von Qu. zunächst dreimal hin und zurück gelaufen, während G. zu Pferde nebenher ritt und die Schiedsrichter im Wagen die Kontrolle übten. Nachdem dies geschehen, lief Qu. ferner die Strecke vom Brandenburger Thor bis zum Marktplatz in Spandau, $19^1/_2$ km. Wie nunmehr festgestellt werden konnte, hatte Qu. zur Zurücklegung dieser $37^1/_2$ km nur $5^3/_4$ Stunde gebraucht, die Wette somit glänzend gewonnen. In Thiergartenhof und Westend waren dem tapferen Fußgänger Erfrischungen gereicht worden. Der Verlierer, Rentier G., mußte jetzt zunächst 100 Mk. bezahlen und hat als weitere Gegenleistung 10 Tage lang vom Datum des Austrages der Wette an die sämmtlichen Stammtischgäste in Speisen und Getränken freizuhalten.

Königsberg, 19. April. In letzter Nacht ist hier ein Arbeiter, welcher im Glacis genächtigt hatte, erfroren.

Leipzig, 22. April. Der vor einigen Tagen gestorbene Buchhändler und Buchdrucker Herr Karl Christian Philipp Tauchnitz hat, wie das „Leipziger Tagebl." meldet, in seinem letzten Willen die Stadt Leipzig zur Universalerbin seines mehrere Millionen Mark betragenden Vermögens eingesetzt und zwar mit dem Ausdruck des Wunsches (nicht Bedingung), daß die Zinsen des Kapitales zu neun Zehnteln hiesigen städtischen Wohlthätigkeitsanstalten zufließen sollen. Als solche Anstalten sind im Testament bezeichnet das Krankenhaus, das Waisenhaus, das Siechenhaus und die Blindenanstalt. Ein Zehntel des Zinsenertrages soll nicht verwendet, sondern zum Kapital geschlagen werden. Testaments-Vollstrecker ist der langjährige Freund und Rechtsbeistand des Entschlafenen, Justizrath Oehme. Außer dem baaren Vermögen fällt der Stadt auch das große Hausgrundstück Löhr's Platz Nr. 2 zu.

— (Ein sehr flinker Mensch.) K.: „Guten Morgen, Herr Munzinger, ich komme soeben von Leipzig, Ihr Schwiegersohn hat dort vorgestern sein Geschäft eröffnet Sie hätten nur sehen sollen, wie Ihr Schwiegersohn die Kunden bediente. Ich sage Ihnen, wie der Blitz so schnell ging's, gratulire zu solchem Schwiegersohn, ist ein sehr flinker Mensch! — M.: „Da haben Sie Recht, Herr Klausewitz! am 5. hat mein Schwiegersohn sein Geschäft eröffnet, am 6. Abends erhielt ich die Depesche: „Schicke umgehend 10,000 Mark, sonst unvermeidlich pleite!"

— (Heirathsaussichten.) Unteroffizier (zu seiner Geliebten, die über die geringen Hoffnungen auf eine Heirath klagt): „Schau, Leni, nur noch a Bissel brauchst warten, wenn nur erst die Zivilehe wieder aufgehoben ist, dann darf ja Niemand mehr heirathen, wie's Militär."

— Vor einiger Zeit haben alle Tagesblätter die Thatsache berichtet, daß gelbe geringwerthige Diamanten gefälscht, durch Eintauchen in salpetersaure Lösungen vorübergehend ein helleres Wasser und reineres Feuer erhalten. Durch einen Prozeß ist es nun aus Licht gekommen, daß fast dasselbe Verfahren auch zur Fälschung von Perlen angewandt wird. Bei einer Versteigerung hatte ein Herr Martin für 10,000 Francs eine Anzahl Schmucksachen erworben, worunter sich eine große Perle befand. Ein zugezogener Sachverständiger entdeckte, daß diese Perle einer Verschönerung unterzogen worden war. Die Perle ward hierzu einige Zeit in eine Lösung von salpetersaurem Silber gelegt und darauf mehrere Tage scharfem Sonnenlicht ausgesetzt worden. Dadurch erhält dieselbe größeren Glanz und die kleinen Fehler bleiben deshalb einige Zeit verborgen. Wird die Perle nicht anhaltend der Sonne und besonders der Feuchtigkeit ausgesetzt, so hält diese Verschönerung oder Fälschung ziemlich lange vor.

— (Vorsicht.) Einem Spaziergänger fiel von einem Rollwagen eine schwere Kiste auf den Fuß. Wüthend wandte er sich an den Kutscher und stellte ihn zur Rede! Der aber sagte ganz gelassen: „Ja, warum haben Sie sich nicht vorgesehen! Das ist Ihre Schuld! Sehen Sie denn nicht, daß auf der Kiste ganz dick „Vorsicht" daraufsteht?"

— Dame im Gesindevermiethungsbüreau das Dienstbuch eines Mädchens durchlesend: „Aber liebes Kind, Sie haben ja lauter schlechte Zeugnisse?" Mädchen, schnippisch: „Ja wie die Herrschaften, so die Zeugnisse."

— Lampel. „Kennst Du den Unterschied zwischen einem Bein-Bruch und einem Ein-Bruch?"
Bampel: „Ja wohl! nach einem Beinbruch muß man gewöhnlich 6 Wochen liegen und nach einem Einbruch wenigstens 6 Wochen sitzen!"

Telegraphische Depeschen.

Paris, 22. April. Die beiden wegen Theilnahme an einem revolutionären Meeting am Sonntag verhafteten ausländischen Sozialisten Hauppe genannt Valdo, und Pachner, von denen der erstere preußischer und der letztere österreichischer Staatsangehöriger sein soll, sind heute aus Frankreich ausgewiesen worden.

London, 23. April. Auch im südlichen England wurde das Erdbeben gespürt, aber es äußerte sich dort sehr mäßig, ohne ernsten Schaden anzurichten und ohne Menschenopfer zu fordern.